Resolution des Landesparteitags der AfD-Saar am 06.07.25 in Orscholz:

Deindustrialisierung im Saarland stoppen – Stahlindustrie retten – Energiewende- und CO2-Wahnsinn beenden

Problemfeststellung:

- Die industrielle Basis des Saarlandes steht vor dem Kollaps. Zwischen 2014 und 2024 sind bereits rund **11.000 Industrie-Arbeitsplätze verloren gegangen**, übrig sind nur noch etwa 87.400. Die Industrie- und Handelskammer warnt eindringlich vor einer *„Deindustrialisierung"* unseres Bundeslandes. Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigen, dass bis 2035 weitere **50.000 Arbeitsplätze** wegfallen könnten – bei nur 23.000 neu entstehenden Stellen. Dies wäre ein verheerender Aderlass für Wirtschaft und Gesellschaft im Saarland.

- Mehrere Traditionsunternehmen schließen oder bauen massiv Stellen ab. **Ford** wird sein Werk in *Saarlouis* im Jahr 2025 nahezu vollständig schließen – von einst über 6.800 Beschäftigten im Jahr 2005 (plus 1.500 bei Zulieferern) bleiben nur rund **1.000 Arbeitsplätze** übrig. Weitere Beispiele: Beim Halberg-Guss-Werk in Saarbrücken gingen nach der Insolvenz hunderte Jobs verloren, und **ZF** sowie **Bosch** haben bereits in den letzten Jahren tausende Stellen abgebaut bzw. angekündigt abzubauen. Insgesamt klagen zwei Drittel der saarländischen Industriebetriebe in Umfragen über eine Krise und *wachsende Geschäftsrisiken* – verursacht vor allem durch überbordende Bürokratie, **hohe Energiepreise** und Steuerlasten. Fast **jedes vierte Industrieunternehmen** im Saarland plant aktuell sogar, Personal abzubauen. Diese Entwicklung bedroht die Zukunft des Saarlandes als Industriestandort.

- Die saarländische **Stahlindustrie** als Herzstück unseres Bundeslandes gerät ebenfalls immer stärker unter Druck. Trotz Subventionen in Milliardenhöhe hat der Stahlkonzern **ArcelorMittal** kürzlich entschieden, seine Pläne für „grünen Stahl" in Deutschland **auf Eis zu legen**. Das Unternehmen lehnte knapp **1,3 Milliarden Euro** an staatlicher Förderung ab, weil unter den derzeitigen Bedingungen **keine Wirtschaftlichkeit** für eine CO_2-reduzierte Stahlproduktion gesehen wird. Die Gründe liegen unter anderem in unsicheren Aussichten bei der Versorgung mit ausreichend billigem *grünen Wasserstoff* und in den extrem **hohen Stromkosten** in Deutschland. Dieses Beispiel zeigt, dass die aktuellen energie- und klimapolitischen Vorgaben – insbesondere die ideologisch getriebene **Energiewende** und überzogene CO_2-Regulierungen – die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie akut gefährden. Wenn selbst ein Weltkonzern trotz zugesagter Milliardenhilfen den Stecker zieht, wie sollen dann mittelständische Betriebe im Saarland unter diesen Bedingungen überleben?

- Dabei ist parteiübergreifend längst Konsens, dass **Klimaschutz nicht zur Abwanderung der Industrie führen darf**. Selbst die heutige Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD)

betonte bereits 2019 als Wirtschaftsministerin: *„Insbesondere der Klimaschutz darf nicht zum Preis der Deindustrialisierung betrieben werden."* Ohne **Stahl** gibt es weder Autos der Zukunft noch Windräder für die Energiewende – der Erhalt industrieller **Wertschöpfung** und wirksamer Umweltschutz dürfen keine Gegensätze sein. Trotzdem droht dieses Szenario einer Deindustrialisierung nun Realität zu werden, **wenn nicht sofort gegengesteuert wird**.

Wir als AfD-Saar fordern daher:

1. **Industriellen Arbeitsplatzabbau sofort entgegenzuwirken.**
   Die Landesregierung soll mit allem Nachdruck Maßnahmen ergreifen, um weitere Werksschließungen und Massenentlassungen zu verhindern. Der Erhalt und die **Stärkung der industriellen Arbeitsplätze** im Saarland – insbesondere in Automobil- und Stahlbranche – muss oberste Priorität haben. Dazu sind Gespräche mit Unternehmensleitungen, Investoren und Arbeitnehmervertretern zu intensivieren, um zukunftsfähige Lösungen für bedrohte Standorte zu finden.

2. **Den energie- und klimapolitischen Kurs grundlegend zu korrigieren.**
   Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Abkehr vom derzeitigen *Energiewende- und CO2-Kurs* einzusetzen, der unsere heimische Industrie über Gebühr belastet. Insbesondere sind überzogene **CO_2-Vorgaben** sowie der **European Green Deal** auszusetzen oder anzupassen, solange es keine praktikablen und bezahlbaren technologischen Alternativen gibt. Klimaschutz darf nicht länger einseitig zulasten des Industriestandorts Deutschland betrieben werden – **Technologieoffenheit** und wirtschaftliche Vernunft müssen wieder Leitlinien der Politik werden.

3. **Wiedereinstieg in die Kernenergie und Aufbau des Saarlands als Kerntechnik- und Kernfusion-Kompetenzregion in Europa.**
   Das Saarland soll sich aktiv für den Wiedereinstieg Deutschlands in die Kernenergie einsetzen und sich zugleich zu einer führenden **Kompetenzregion** für Kerntechnik in der Großregion (Deutschland, Frankreich, Benelux) entwickeln. Dazu gehört ein Stopp des Rückbaus funktionsfähiger Anlagen auf Bundesebene. Gleichzeitig soll ein starkes wissenschaftliches und wirtschaftliches Fundament geschaffen werden: durch die **Einrichtung von Lehrstühlen für Kerntechnik und Kernfusion** an der Universität des Saarlandes, den gezielten Ausbau interdisziplinärer Forschung in enger Kooperation mit regionalen Industriepartnern sowie durch klare Forschungsschwerpunkte – insbesondere in der Entwicklung neuer Reaktortechnologien und Sicherheitskonzepte, der Wiederverwertung abgebrannter Brennelemente und der offenen Erforschung innovativer Energielösungen. Das Saarland soll dabei von wachsenden Forschungsausgaben profitieren, finanziert durch Mittel des Bundes, der EU und der Landesregierung. Ein besonderer Fokus liegt auch auf der **Förderung der Kernfusionstechnologie**: Das Saarland soll sich an internationalen Forschungsprojekten zur friedlichen Nutzung der Kernfusion beteiligen, Partnerinstitutionen ansiedeln und eigene Forschungskapazitäten aufbauen – mit dem Ziel, aktiv an der Gestaltung einer

europäischen Energiezukunft mitzuwirken.

4. **Bezahlbare Energie für die Industrie sicherzustellen.**
   Die Landesregierung soll sich mit Nachdruck für deutlich **sinkende Strom- und Energiekosten** einsetzen. Ein staatlich gedeckelter **Industriestrompreis** muss übergangsweise kommen um den Unternehmen die notwendige Atempause zu geben bis die notwendigen Reformen am Strommarkt ihre Wirkung entfalten. Falls nötig, sind auch hier Übergangslösungen zu prüfen, z.B. die vorübergehende **Reaktivierung konventioneller Kraftwerke** oder langfristige Stromlieferverträge zu günstigen Konditionen. Ziel muss es sein, die Energiekosten im Saarland auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen, damit energieintensive Betriebe (wie Stahlwerke oder Automobilzulieferer) hier weiterhin wirtschaftlich produzieren können.

5. **Die saarländische Stahlindustrie mit allen Mitteln zu retten.**
   Die Landesregierung soll sämtliche vorhandenen Fördermittel und Programme **effizient und pragmatisch** einsetzen, um die **Zukunft der saarländischen Stahlwerke** zu sichern. Statt in unrealistische Prestigeprojekte fließen die Gelder besser in *technologisch sinnvolle und bezahlbare Lösungen* zur Emissionsreduktion sowie in die Forschung an neuen Produktionsverfahren in Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Notfalls muss das Land in Berlin darauf dringen, **Übergangshilfen** oder Beteiligungsmodelle zu ermöglichen, um eine vorübergehende Stilllegung von Hochöfen oder ganze Werksschließungen abzuwenden. Die **Stahlindustrie** im Saarland darf nicht dem globalen Kostendruck und ideologischen Experimenten geopfert werden – sie ist systemrelevant für unsere Volkswirtschaft und Versorgungssicherheit.

Begründung zur Resolution:

Das Saarland war über Jahrzehnte hinweg ein Symbol für industriellen Erfolg, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Aufstieg durch Arbeit. Insbesondere die Stahlindustrie prägte das Selbstverständnis und die wirtschaftliche Identität unserer Region maßgeblich. Wer sich heute weigert, diesen Industriesektor mit allen politischen Mitteln zu schützen, gibt das Leitbild des Industrielandes Saarland bewusst auf.

Die aktuelle Entwicklung zeigt klar: Immer mehr Unternehmen schließen oder bauen massiv Stellen ab – nicht wegen fehlender Wettbewerbsfähigkeit, sondern wegen politisch herbeigeführter Standortnachteile. Die explodierenden Energiepreise, Bürokratie, CO_2-Zwangsabgaben und eine ideologisch geführte Energiewende zwingen Betriebe in die Knie.

Wir als AfD-Saar, sagen „Nein“ zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, „Nein“ zur Abwanderung von Schlüsseltechnologien und „Nein“ zur sozialen und wirtschaftlichen Entwurzelung des Saarlands. Wir sagen „Ja“ zum Industrieland Saarland und „Ja“ zur saarländischen Stahlindustrie!